

CSU gegen weitere Bebauung am Berglwald

Fraktion will Grünflächen am Stadtrand erhalten / Diskussion über Flächennutzungsplan Ende September

Von Inga Rahmsdorf

Unterschleißheim ■ Die CSU-Fraktion will sich in den Stadtgremien gegen eine weitere Bebauung der Fläche zwischen Berglwald und Valerystraße aussprechen. Dies erklärte Bürgermeister Rolf Zeitler am Freitagnachmittag bei einer kurzfristig einberufenen Pressekonferenz. Es seien noch keine Beschlüsse im Stadtrat über den Flächennutzungsplan gefällt worden, betonte Zeitler.

Die CSU-Fraktion fühlte sich angesichts zunehmender Bürgerproteste und der Berichterstattung zum Flächennutzungsplan missverstanden. Es sei „der Eindruck geweckt worden, dass bereits konkrete Pläne für eine umfassende weitere Bebauung existieren würden“, sagte Zweiter Bürgermeister Theo Pregler. Dies

wies er jedoch entschieden zurück.

Unabhängig von dem ersten Entwurf des Flächennutzungsplans, der am 30. September vorgestellt werden soll, werde die CSU gegen eine Bebauung der Flächen zwischen Berglwald und Valerystraße/Klosterfeld stimmen, betonte Pregler. Die CSU-Fraktion stehe geschlossen hinter dieser Entscheidung. „Es scheint uns nicht gelungen zu sein, die Bürger davon zu überzeugen, dass der Flächennutzungsplan noch nicht entschieden ist“, sagte auch Zeitler. Das Planungsbüro werde zum 30. September ei-



Wollen die Grünflächen am Berglwald erhalten: Rolf Zeitler (l.) und Theo Pregler.



Fotos: ulla/privat

nen ersten Gesamtentwurf vorlegen. Dieser sei öffentlich einsehbar, werde dann von der Verwaltung und den Stadtgremien diskutiert und könne modifiziert werden, so Zeitler.

Die Erstellung des neuen Flächennutzungsplans für Unterschleißheim hat in den vergangenen Wochen zu Diskussionen und Protesten geführt. So wurde auch die Bürgerinitiative „Interessengemeinschaft für ein lebenswertes Unterschleißheim“ gegründet, die Unterschriften gegen die Bebauung weiterer Flächen in der Kommune sammelt. Vergangene Woche hatte

sich die Initiative erstmals mit einem Infostand auf dem Rathausplatz der Öffentlichkeit präsentiert. Sie wendet sich besonders gegen die Ausweisung neuer Wohngebiete am südlichen Rand von Unterschleißheim. Ihr Ziel ist es, die zusammenhängenden Grün- und Erholungsflächen zu bewahren. Zeitler betonte, dass dies auch das Anliegen der CSU sei.

In Gesprächen über den Bau von Hochhäusern in Unterschleißheim seien ebenfalls Missverständnisse entstanden, so der Bürgermeister. Hochhäuser werde die CSU lediglich in Gewerbe- und nicht in Wohngebieten zulassen. „Wenn Unternehmen expandieren möchten und dafür mehr Raum brauchen, sind Hochhäuser als Bürogebäude eine durchaus sinnvolle Alternative, um nicht noch mehr Flächen zu bebauen“, sagte Zeitler.

Entscheidung vertagt

Behörden beurteilen Vorhaben kritisch

Unterschleißheim ■ Seit über einem Jahr arbeitet die Stadt Unterschleißheim an den planerischen Voraussetzungen für Neubauten am nordwestlichen Siedlungsrand. Die übergeordneten Behörden sehen das Vorhaben nach wie vor mit Skepsis, vor allem wegen des Lärms von der angrenzenden Autobahn A 92. Der Ferienausschuss hat das „Dorfgebiet am Weiher“ deshalb abgesetzt.

Das Landratsamt und die Regierung von Oberbayern haben die Pläne, die letzten Ecken im Norden Unterschleißheims zu bebauen, schon öfter kritisch beurteilt. Eine Zersiedelung und der Autobahnlärm sind die beiden Hauptkritikpunkte. Ebenso oft hat die Stadtverwaltung darauf hingewiesen, dass mit passivem Lärmschutz die Grenzwerte eingehalten werden könnten und es sich um einen „Außenraum im Innenraum“ handele, wie es Bauamtsleiter Maximilian Donaubaier einmal genannt hat.

Bei der jüngsten Sitzung des Ferienausschusses waren die Stadträte, die mehrheitlich nicht dem normalerweise mit dem Thema befassten Bauausschuss angehörten, mit den Stellungnahmen der Behörden offenbar überfordert. Einige wollten den Umgriff des Flächennutzungsplanes, der gerade

neu aufgestellt wird, lieber gleich kleiner gestalten, damit die Bebauung weiter von der Autobahn entfernt sei, doch die Mehrheit entschied sich dafür, das Thema abzusetzen. „Als Ferienausschuss-Mitglied stimme ich darüber nicht ab, das sollen die machen, die sich normalerweise mit Bauangelegenheiten beschäftigen“, sagte CSU-Stadtrat Friedrich Kiener.

Weniger Probleme hatte der Ferienausschuss mit dem Areal „Grünfläche, Gewerbegebiet und Kleingartenanlage Am Weiher“, das ein Stück weiter östlich entstehen soll. Offenbar hat es dort Bestrebungen gegeben, ein muslimisches Gemeindezentrum unterzubringen. Jedenfalls hat sich ein Anwohner bereits gegen „Großveranstaltungen“ und für „genügend Parkplätze“ ausgesprochen und angemahnt, dass „kulturelle Einrichtungen den landestypischen Gewohnheiten unterliegen“. Allerdings, sagte Sitzungsleiter und Dritter Bürgermeister Christoph Böck, liege kein Antrag vor, die Muslime wollen da nicht hin“. Nur Martin Reichart (Freie Bürger) stimmt gegen das kleine Gewerbegebiet: „Das ist eine Briefmarkenausweisung, die keinen Bezug zur Umgebung hat“. Außerdem könne der Furtweg keinen zusätzlichen Verkehr aufnehmen. *av*

Grenzen des Wachstums

Grüne sind gegen größere Neubaugebiete

Unterschleißheim ■ Die Front gegen eine weitere Bebauung am südwestlichen Ortsrand von Unterschleißheim wird immer breiter. Doch viele Bürger wollen nicht nur die Flächen am Berglwald schützen. Die Forderungen der neu gegründeten „Interessengemeinschaft für ein lebenswertes Unterschleißheim“, des Bundes Naturschutz und der Grünen gehen weit darüber hinaus.

Die Stadt gehört zu den am dichtest besiedelten Kommunen im Landkreis München, schreibt Brigitte Huber, Stadträtin von Bündnis 90/Die Grünen, in einer Pressemitteilung. Die „Vorräte“ an unbebautem Land seien minimal. Daher „muss jetzt Schluss sein mit der Ausweisung weiterer großer Wohngebiete“, fordert sie.

Die Befürworter neuer Baugebiete argumentieren laut Huber, dass sie jungen Unterschleißheimern eine Chance auf ein eigenes Haus in ihrer Stadt geben wollten. „Wer aber die Entwicklung von Hollern oder am Furtweg sieht, weiß, dass neue Wohngebiete durch die Bauträger in der Regel bayernweit beworben werden“, kriti-

sieren die Grünen. In Unterschleißheim selbst sollte ausschließlich eine „behutsame Verdichtung bestehender Wohngebiete vorgenommen werden“, sagt Brigitte Huber. Neue Gebiete sollten dagegen gar nicht mehr ausgewiesen werden.

Im Zuge der Überlegungen zur Aufstellung des neuen Flächennutzungsplans hätten die Planungsbüros mehrere Flächen für ein Wachstum der Stadt vorgestellt. Neben Baugebieten in Hollern, der Pater-Kolbe-Straße und der Feldstraße seien auch Bereiche südlich der Valery-, Mistral- und Orionstraße in die Überlegungen einbezogen worden. Eine Entscheidung ist bisher noch nicht gefallen. Die Grünen lehnen laut Brigitte Huber eine Ausweisung weiterer größerer Baugebiete rundweg ab, denn die derzeit ins Auge gefassten Flächen seien „die letzten frei verfügbaren in Unterschleißheim“ überhaupt. „Intelligente Ortsentwicklung und Ökologie“ seien kein Widerspruch, wichtig sei aber ein Umdenken, fordert die Stadträtin. Sonst werde die Lebensqualität der Bürger erheblich beeinträchtigt. *psc*